



Joachim Gauck , Bundespräsident a.D.

## Welche Zukunft hat die liberale Demokratie?

Rede von Bundespräsident a.D. Joachim Gauck beim Internationalen Club La Redoute am 8. April 2022 in Bonn

**Sehr geehrter Herr Professor Mayer,  
Sehr geehrter Herr Dr. von Morr,  
Sehr geehrte Freifrau von Boeselager,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Ich freue mich, heute hier bei Ihnen im traditionsreichen Internationalen Club La Redoute Bonn zu sprechen, der den in den Hauptstadttagen gewachsenen weltoffenen Geist der früheren Bundeshauptstadt weiter pflegt und sich in verschiedenen Veranstaltungen und Formaten den drängenden Fragen unserer Zeit stellt. Eine der dringlichsten Fragen ist die, welche Zukunft unsere liberale Demokratie hat, auch in Anbetracht der Tatsache, dass wir uns in Zeiten des Krieges begegnen. Und so lautet auch der Titel meiner Rede: „Welche Zukunft hat die liberale Demokratie?“. Doch bevor ich über irgendeine Zukunft nachdenke, muss ich über die Gegenwart sprechen, und auch Vergangenes wird eine Rolle spielen.

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland einen mörderischen Angriffskrieg gegen einen friedlichen, demokratischen Staat an der Grenze zur Europäischen Union. Seit über sechs Wochen werden ukrainische Städte bombardiert, und zum Teil dem Erdboden gleich gemacht. Vom ersten Tag an richtete sich Putins Terror unterschiedslos gegen Frauen und Kinder, Soldaten und Zivilisten, die getötet, verwundet, vertrieben und verschleppt werden. Und wenn es noch einen letzten Funken Hoffnung gab, dass es in diesem Krieg zwischen den „Brudervölkern“ nicht schon wieder zu schrecklichen Verbrechen kommt, dann ist dieser Funke seit dem letzten Wochenende, an dem uns die Bilder aus Butscha und vielen anderen Orten im Norden von Kiew erreicht haben, endgültig verloschen. Schon wieder erstarren wir vor dem Anblick von hingeworfenen Frauen und Männern, Leiche neben Leiche am Wegesrand, ganze Familien ausgelöscht und verscharrt.

Schon wieder blicken wir fassungslos auf Verbrechen und sehen uns mit der Frage konfrontiert: Was verlangt uns das „Nie wieder“ in dieser Situation ab? Gebieten diese rücksichtslosen Mordtaten nicht eine humanitäre Intervention zum Schutz der Menschen in der Ukraine? Wir wissen doch, schuldig kann sich auch der machen, der nicht handelt. Wir wissen aber auch, dass wir in diesem Fall nicht nur vor einem großen moralischen Dilemma stehen, sondern auch vor einem geopolitischem. Der russische Aggressor stellt mit seinem atomaren Waffenarsenal auch eine unmittelbare Bedrohung für uns selbst dar. Und so gibt es nachvollziehbare Gründe dafür, dass wir davor zurückschrecken, selbst aktive Kriegspartei zu werden. Die Feststellung, dass unsere Möglichkeiten begrenzt sind und es auch berechnete Interessen zu wahren gibt, entlässt uns weder aus der Verantwortung, noch lässt es das moralische Dilemma kleiner werden. Im Gegenteil: Wir sind aufgefordert, alles bis zur Grenze des uns Möglichen zu unternehmen, um dem mörderischen Treiben Putins ein Ende zu setzen.

Denn schon vom ersten Tag an war in diesem Konflikt die Rolle sehr klar verteilt zwischen Täter und Opfer. Eine moralische und rechtliche Äquidistanz zu den Konfliktparteien kann und darf es nicht geben. Die Bundesregierung hat angesichts dieser Situation zu Recht eine Kehrtwende in der Sicherheitspolitik eingeleitet, will der Ukraine beistehen, um zur Abwehr der Aggression Russlands beizutragen - auch mit Waffen. Und viele Menschen in Deutschland bezeugen ihre Solidarität, sie helfen und unterstützen, sie spenden, sie setzen Zeichen, sie fühlen mit und nicht wenige verzweifeln daran, dass es so schwierig ist, sich Putin noch verschiedener und substanzieller entgegenzustellen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns - und damit meine ich den Bürger genauso wie die Politikerin - immer wieder mit den Fragen befassen: Leisten wir den mutigen Ukrainerinnen und Ukrainern genug Beistand? Was können wir noch leisten, um ihnen beizustehen? Ist es verantwortbar, weiter Gas und Öl aus Russland zu importieren? Wie stehen wir da, vor denen, die ihr Leben verlieren, wenn wir Mörder weiter bezahlen?

Wir spüren ja zudem, dass nicht nur ein fernes Land angegriffen und unterjocht werden soll. Wir spüren, dass wir mitgemeint sind, wenn der Ukraine ihre Selbstbestimmung genommen werden soll. Putins Krieg gilt letztlich der freien Welt, der liberalen Demokratie. Seiner leninistischen Prägung getreu sieht er die einmal errungene Macht als etwas an, das nie preisgegeben werden darf. So setzt er - allerdings ohne kommunistische Ideologie - das fort, was er einst vertrat, nun nationalistisch und neoimperialistisch begründet: Menschen und Bürgerrechte gelten nicht, die Herrschaft des Rechts ebenso wenig, Gewaltenteilung nicht existent, der öffentliche Raum ohne Meinungs- und Versammlungsfreiheit - eine durchherrschte Gesellschaft. Niemand weiß, wie weit Putins Ambitionen bei der Wiedererrichtung eines großrussischen Imperiums reichen. Niemand kann sagen, dass Übergriffe auf Polen oder die baltischen Staaten in Zukunft ausgeschlossen sind.

Fast alle haben sich geirrt, - oder sollte ich besser sagen: wollten sich irren - als sie glaubten, Stabilität und Frieden hätten endgültig Vorrang gewonnen gegenüber imperialem Machtstreben. Die Älteren unter Ihnen erinnern sich noch an den Panzersozialismus der Sowjetunion und die Unterdrückung der Freiheitsbestrebungen in den Straßen von Berlin, Prag und Budapest. Diese Erinnerungen sind in den letzten Jahrzehnten in weite Ferne gerückt. Stattdessen haben wir uns dem Glauben hingegeben, dass wirtschaftliche Verflechtung automatisch zu Liberalisierung und Annäherung mit Putins Russland führen würden. Dieses Bild scheint in der Rückschau als eine geschönte Realität.

Noch nicht erwähnt habe ich die vom Diktator im Inland ausgeübten Praktiken aus der Sowjetzeit. Denunziert als „ausländischer Agent“ wurde mit „Memorial“ eine Institution verboten, die sich große Verdienste bei der Aufarbeitung stalinistischer Verbrechen erworben hat, eine Organisation, die Millionen Opfern der Sowjetdiktatur ihre Würde zurückgab und deren Angehörigen ein ehrendes Gedenken ermöglichte. Mundtot gemacht werden soll auch der russische Oppositionelle Andrej Nawalny, dem das Europäische Parlament letztes Jahr den Sacharowpreis für seinen Mut im Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verliehen hat. Das Regime, das ihn erst feige ermorden wollte, hat ihn in einem Straflager weggesperrt, wo er willkürlich verhängte Strafen verbüßen muss.

Illusionen über Russlands Intentionen und unsere Möglichkeiten diese durch wirtschaftliche Verflechtung – insbesondere im Bereich der Energiepolitik - zu beeinflussen, bestanden in der Ukraine und auch bei unseren östlichen Nachbarn und im Baltikum nicht. Viel deutlicher als wir in Deutschland sind diese Länder mit der Einflussnahme durch Russland und der Einmischung in ihre Demokratie vertraut. Vergeblich haben sie uns auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die längst auch bei uns sichtbar waren – denken wir nur an den Hackerangriff auf den Deutschen Bundestag oder russische Propaganda und Desinformationskampagnen mit dem Ziel, das Vertrauen in staatliche Institutionen zu untergraben und Zwietracht in der Bevölkerung zu säen. Bereits vor 8 Jahren begann der russische Feldzug gegen die Ukraine mit der Krimannexion und der Unterstützung der Separatisten im Donbas.

Wir befinden uns in einem neuen großen Kampf, wie ihn der amerikanische Präsident Joe Biden am 26. März in Warschau skizziert hat, in einem Kampf zwischen Demokratie und Autokratie, zwischen Freiheit und Unterdrückung, zwischen einer regelbasierten Welt und einer Welt, die von brutaler Gewalt regiert wird.

Doch auch Putin hat sich geirrt: Anders als in der Vergangenheit begegnen die EU und die NATO seiner neoimperialen Expansion mit massiven Sanktionen und mit militärischer Unterstützung für die Ukraine. Uns ist bewusst geworden, wie viel wir zu verlieren haben. Wir sind daher zusammengerückt. Das NATO-Bündnis wurde gefestigt, ebenso die Europäische Union. Wir haben gelernt: Freiheit ist nicht umsonst zu haben. Und wir haben von den mutigen Ukrainern zu lernen, die unter großen Opfern mit ihrer Freiheit auch die unsere verteidigen.

Nun müssen wir uns dennoch fragen: Wie konnte es geschehen, dass wir Demokratie und Freiheit als Selbstverständlichkeit behandelt haben? Und was können wir tun, um diese Grundfesten unserer Gesellschaft zu schützen und zu stärken? Schauen wir also in die jüngere Vergangenheit: Die meisten von Ihnen erinnern sich sicher an die Euphorie von 1989: Die freie Welt hatte über den Totalitarismus gesiegt. Wir wähten uns am „Ende der Geschichte“.

Die Friedensdividende nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Lagers hat uns in dem Glauben gewiegt, wir lebten in einer besseren, friedlichen, postheroischen Zeit.

Wozu noch Wehrbereitschaft? Wozu noch Rüstung? Dialog statt Konfrontation. Einbindung statt Abschreckung, so lauteten die Leitlinien. Durch Abmachungen und Ge-spräche näherten sich NATO und Russland einander an.

Wir haben danach zu oft die Augen vor offenkundiger Aggressivität verschlossen und globale Machtkämpfe nicht ernst genommen – obwohl es auch in unserer Umgebung viele

Warnzeichen gab, etwa in Tschetschenien, Georgien, Syrien, auf der Krim, in den "Separatisten"-Gebieten von Donezk und Luhansk, und auch obwohl der Umgang mit der demokratischen Opposition in Russland die Rechtsferne und den anti-demokratischen Gestus des Putinregimes drastisch vor Augen geführt hatten.

Wir haben verbalen Verurteilungen bei Völkerrechtsverletzungen nur halbherzige Sanktionen folgen lassen und noch nach der Krim-Besetzung Nord-Stream 2 auf den Weg gebracht. Schon 2014 habe ich – damals als Bundespräsident - anlässlich des 75. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs in Polen gesagt: „Die Geschichte lehrt uns, dass territoriale Zugeständnisse den Appetit von Aggressoren nur vergrößern.“

Vor allem aber haben wir uns dem Glauben hingegeben, dass wirtschaftliche Verflechtung automatisch zu Liberalisierung und Annäherung mit Putins Russland führen würde. Wir hielten die Kooperation für beständig und den Wandel durch Handel für zwangsläufig.

Dieses Bild scheint in der Rückschau seltsam geschönt, geprägt von Naivität, Selbstüberschätzung und Wirklichkeitsverweigerung. Und das nicht bei einigen wenigen Verblendeten, sondern parteiübergreifend bei wesentlichen Teilen der politischen Klasse in Deutschland. Die Zeitenwende kann insofern nicht nur in einer Aufstockung unserer Verteidigungsfähigkeit bestehen. Sie ist erst dann tatsächlich vollzogen, wenn wir uns der Wirklichkeit stellen, wie sie ist; wenn wir mit unserer Zurückhaltung, strategisch zu denken, aufhören und uns den neuen geopolitischen Herausforderungen stellen. Wenn wir - kurz gesagt - bereit sind, unsere Freiheit (notfalls tatsächlich) auch militärisch zu verteidigen.

Wir sollten uns dabei auch bewusst machen, dass unsere östlichen Nachbarn mit ihren Beschreibungen der imperialen Ambitionen Russlands eine ernsthafte Bedrohung antizipierten, die allzu viele bei uns nicht erkennen wollten oder konnten.

Viel deutlicher als wir in Deutschland waren und sind diese Länder der Einflussnahme und Bedrohung durch Russland ausgesetzt, doch vergeblich haben sie uns auf die Gefahren aufmerksam gemacht. Bei dem - im Prinzip guten - Bemühen, Brücken nach Russland zu bauen hat Deutschland sich phasenweise von seinen Verbündeten entfernt, von jenen im Osten und auch von Amerika. Es gilt nun den Schulterschluss zu wahren, wie er sich angesichts des Angriffskriegs hergestellt hat. Nur vereint können wir die Bedrohung abwehren. Aber wir müssen sie auch abwehren wollen, müssen mit Kopf und Herz erkennen: Frieden wie Freiheit sind nicht nur zu loben und zu lieben, sie sind auch zu verteidigen.

### Sehr geehrte Damen und Herren,

die aktuelle Bedrohung der Demokratie von außen darf nun allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Demokratie auch von innen bedroht ist. In vielen Ländern hat die Demokratie schon seit Jahren an Akzeptanz verloren. Erstmals in diesem Jahr-hundert finden sich unter den Ländern mit mehr als einer Million Einwohnern weniger Demokratien als nichtdemokratische Regime.

Zudem zeigt die Entwicklung in Fernost, dass wirtschaftlicher Aufstieg und technischer Fortschritt keineswegs mehr automatisch an das – wie der Historiker Heinrich August Winkler sagt – „normative Projekt des Westens“ geknüpft sind. Die kommu-

nistische Führung hat China mit einer Mischung aus Autoritarismus und Kapitalismus einen bemerkenswerten Entwicklungsschub beschert. Auf geopolitischer Ebene tritt das Land Schritt für Schritt in Konkurrenz zur Supermacht Amerika. Und Europa, einst der Ausgangsort für Aufklärung und Impulsgeber für technische Erneuerungen weltweit, droht von China überholt und systemisch herausgefordert zu werden.

Sind Autokratien den Demokratien mithin überlegen? Sind sie effektiver und kraftvoller? Ist die liberale Demokratie in existenzieller Gefahr – quasi ein historisches Auslaufmodell?

Lassen Sie mich wenigstens auf einige zentrale Punkte eingehen.

Schon seit geraumer Zeit gibt es Entwicklungen, die in weiten Teilen der Welt autokratische Tendenzen begünstigt haben. In Polen, Ungarn, Brasilien und in Amerika unter Trump haben sich immer wieder Rechtspopulisten durchgesetzt, in verschiedenen Ländern Lateinamerikas siegten Linkspopulisten.

In Frankreich, Großbritannien und unserem eigenen Land haben Empörungs- und Wutwellen dazu geführt, dass der Einfluss traditioneller Parteien zurückgegangen ist, außerparlamentarische Bewegungen an Bedeutung gewonnen haben und radikale Positionen und Parteien teilweise beträchtliche Unterstützung erfahren.

Fragt man nach den Gründen, so dürfte es mehr als nur einen geben, aber ein äußerst wirkmächtiger scheint mir der umfassende und schnelle Wandel in der Welt zu sein. Diese verändert sich in einer Geschwindigkeit, die zuvor nicht vorstellbar war. Wir sehen uns gleich einer ganzen Reihe von umwälzenden Veränderungen globalen Ausmaßes gegenüber: [...] Globalisierung, Digitalisierung, überwältigende technologische Innovationen, Klima-wandel, Migration und zuletzt die Pandemie. Derart epochale Umbrüche setzen zwangsläufig auch Ängste frei, weil sich sehr viele Menschen mit der Komplexität und Vielfalt der Probleme überfordert sehen, und bei manchen Menschen wandelt sich die Angst in Aggression.

Dann folgen überall Teile der Bevölkerung populistischen Parolen gegen „das Establishment“ oder „das System“ und hoffen auf starke Anführer, die ihnen beruhigende, einfache Lösungen vorschlagen, auch ein Verbleiben im Vertrauten. Es mangelt diesen Menschen an Selbstvertrauen und Geduld, die es in einer tiefgreifenden Übergangssituation zu bewahren gilt, [...] wenn das Alte verschwindet, das Neue aber erst allmählich geboren wird. Und es fehlt ihnen Vertrauen, dass sich die etablierten Parteien den vielfachen Herausforderungen gewachsen zeigen werden. Und, um dies auch deutlich zu sagen: Einigen fehlt der Wille, sich nicht in Wahnwelten zu flüchten. Und Wenige stellen sich gar aktiv gegen unsere freiheitlich-demokratische Ordnung.

Demgegenüber sehe ich auch eine erstaunlich positive Entwicklung in Deutschland, die ich noch vor kurzer Zeit nicht zu prognostizieren gewagt hätte: Radikale Parteien haben bei den letzten Wahlen auf Bundes- und Landesebene schwach abgeschnitten, die Bundestagswahlen zeigten zudem, [...] dass die Menschen einen Wechsel der Regierungsmannschaft wollten, aber mit Vertretern von Parteien, die Neues anpacken wollen, dabei konstruktiv und nicht destruktiv agieren, und die Wandel einleiten, der rational begründet ist.

Sehr positiv erlebe ich auch, dass die deutsche Bevölkerung auf unvorhergesehene Ereignisse wie Hochwasserkatastrophen und jetzt in den letzten Wochen auf die Ankunft einer großen Zahl von ukrainischen Flüchtlingen ohne jede Hysterie,

mit konstruktiver Energie und großer Solidarität reagiert hat. Mein Eindruck ist, dass unsere Gesellschaft in Krisen auch wachsen kann.

Mag die Fragilität der Parteienlandschaft auch zugenommen und die Bindung an Parteien abgenommen haben, mag in der Öffentlichkeit und in den sozialen Netzen auch häufig Unvernunft und destruktives Gebaren zutage treten, so sehe ich doch insgesamt eine starke Bereitschaft zum Engagement, zur ehrenamtlichen Tätigkeit, generell auch ein großes politisches Interesse. Und ich sehe, dass die deutsche Bevölkerung durchaus bereit ist, einen gewissen Einbruch der Wirtschaftsleistung hinzunehmen, wenn sie damit einen Beitrag zur Herstellung von Frieden und Freiheit leisten kann. Sie ist offensichtlich bereit, eine Politik mit-zutragen, die rational begründet und transparent kommuniziert wird, [...] selbst wenn sie mit gewissen Einschränkungen verbunden sein sollte. Insgesamt sehe ich also großes politisches Verantwortungs-bewusstsein für eine wertegeleitete Politik.

Allerdings wäre es verfrüht – oder beschönigend -, diese Entwicklung zu verallgemeinern. Unsere Erleichterung über die Wahl von Präsident Biden, der uns gerade in diesen Zeiten ein unersetzbarer Verbündeter und guter Partner ist, sollte uns jedenfalls nicht blind dafür machen, dass die amerikanische Gesellschaft immer noch tief gespalten und anfällig für den Trump'schen Populismus ist.

Amerikas checks and balances, so hörte ich immer wieder, seien stark genug, um ein autoritäres System zu verhindern.

So, als verschafften sie der Demokratie eine geradezu automatische Resilienz. Aber ist eine derartige institutionelle Stabilität der Demokratie wirklich eine dauerhaft verlässliche Größe?

Ich fürchte, wir haben die eher lautlosen Formen von Aushöhlung der Demokratie oft nicht wahrgenommen. Leider haben die Erfahrungen der letzten Zeit den eigentlich schon bekannten, aber gleichwohl erschreckenden Befund bestätigt: Demokratien können sich auch zurückentwickeln. Denn Demokratien – so der amerikanische Politikwissenschaftler Adam Przeworski - verfügen über keine institutionellen Mechanismen, die sie generell „davor schützen, [...] von einer rechtmäßig gewählten Regierung, die sich an die konstitutionellen Regeln hält, untergraben zu werden“. Die Zerstörung der Demokratie kann vielmehr unbe-merkt eingeleitet werden mit Maßnahmen, die noch nicht gegen die verfassungsmäßigen Regeln und gegen Gesetze verstoßen und als einzelne nicht alarmierend wirken müssen, und die dennoch die freiheitliche Demokratie immer ein wenig mehr untergraben und den Regierenden schließlich eine unantastbare Vormachtstellung sichern.

Wie das gelingt? Zum Beispiel, indem etwa das Wahlrecht oder die Wahlbezirke so modifiziert werden, dass ein Machtwechsel durch Wahlen erschwert oder gar verunmöglicht wird. Oder indem sich Regierungen oder regierungsnahe Unternehmen nahezu dominieren-den Einfluss in der Medienwelt verschaffen.

Oder indem Justizorgane und sogar das Oberste Gericht mit den Anhängern der Regierungspartei besetzt werden, so dass die Unabhängigkeit der Justiz verloren geht.

Verfügt die Regierungspartei dann erst einmal über die parlamentarische Mehrheit, weil sie das Wahlvolk beispielsweise mit finanziellen Vergünstigungen lockt oder durch Feindbilder eint, kann sie weiter ganz legal und offen diskriminierende Gesetze durch-setzen.

Das Problem einer derartigen schrittweisen Aushöhlung der Demokratie besteht genau darin, dass es so schwerfällt, die Gefährdung klar zu erkennen und die Menschen dagegen zu mobilisieren, eben weil die einzelnen Anlässe oft so klein oder so leise oder so unauffällig sind, so dass systemverändernde Folgen schwer vorstellbar erscheinen.

Nur wenn es der Opposition – oder der Zivilgesellschaft gelingt, die langfristigen Folgen bestimmter Schritte vorauszusehen und dies der Öffentlichkeit überzeugend zu vermitteln, besteht die Chance für einen erfolgreichen Widerstand. Kommt er zu spät, verabschiedet sich zuerst der Liberalismus und am Ende kann die Demokratie sterben.

Aber was folgt aus diesen inneren wie äußeren Bedrohungen für die liberale Demokratie?

### Sehr geehrten Damen und Herren,

es gilt, den liberalen Geist unserer Demokratie zu verteidigen, wo und wann immer er bedroht wird. Es gilt die Grundrechte des Bürgers zu sichern, denn die Demokratie ist ein System, das ihm nicht nur seine Freiheit garantiert sondern ihn zudem auch vor äußeren Eingriffen, vor Gewalt schützt, übrigens - und sehr wichtig- auch vor möglicher Gewalt seitens des Staates. Allerdings – und darauf verweise ich gerade angesichts der augenblicklichen Krisen-situationen - [...] kann sich auch der liberale Rechtsstaat gezwungen sehen, die Freiheiten des Bürgers zu beschneiden. Denn auch in demokratischen Staaten gibt es immer wieder Situationen, in denen die Sicherheit einer Gesellschaft so bedroht ist, dass ein Eingreifen des Staates erforderlich ist.

Wir haben dies erlebt mit den staatlichen Verhaltensregeln während der Corona-Pandemie; wir erleben es, wenn Meinungs- und Versammlungsfreiheit rechts- und links-radikaler und islamistischer Gruppen sowie Kriegshetze und Hasspropaganda eingeschränkt oder verboten werden; und wir könnten es neu erleben, wenn Energiemangel etwa zu Geschwindigkeitsbeschränkungen oder sonstigen Einschränkungen führen sollte.

Für alle wachsam Verfechter der liberalen Demokratie gilt es in solchen Situationen zu prüfen: Sind die Notstandsmaßnahmen der jeweiligen Lage angemessen oder sind sie eine unverhältnismäßige Einschränkung persönlicher Freiheiten? Werden Einschränkungen auch zurückgefahren, wenn die Notsituation vorüber ist? Die Balance zu finden zwischen dem Schutz der Verletzlichen und dem Erhalt demokratischer Standards zählt in der Corona-Pandemie zu den großen Herausforderungen für die Regierungen weltweit.

Nach Untersuchungen einer Forschungsgruppe in 144 Ländern stellte sich allerdings heraus, dass die Maßnahmen demokratischer Regierungen [...] deutlich weniger Verstöße gegen grundlegende Freiheitsrechte verursachten als autokratische Regierungen. Denken wir nur an den augenblicklichen Lockdown in Shang-hai, der das gesamte Leben der 15 Millionen Stadt zum Erliegen gebracht hat. Gleich-zeitig gilt: Wer eine Strategie verfolgt, die jedes Risiko ausmerzen soll, unterminiert die Freiheit und das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen. Beides aber gehört zum Kernbestand der liberalen Demokratie.

### Sehr geehrte Damen und Herren,

für mich und ganz besonders für alle, die politische Ohnmacht erlebt haben, bleibt Liberalismus zentral mit der Sicherung von Freiheitsrechten verbunden. Das macht seinen Geist aus, der seit der amerikanischen Verfassung aus der Demokratie mehr macht als Wahlen, Gewaltenteilung und Rechtsstaat. Anfangs eilten die freiheitlichen, humanistischen Ideen der Realität zwar voraus, nicht alle Menschen waren gleichberechtigt, wahlberechtigt, gleich geachtet. Inzwischen stehen die Menschen- und Bürgerrechte einem jeden Menschen jedoch ungeachtet seines Geschlechts, seiner Herkunft, seiner Religion, Klassenzugehörigkeit oder sexuelle Orientierung zu. Wer diese Rechte missachtet, kann in liberalen Demokratien juristisch belangt werden, und was nicht justiziabel ist, trifft in diesen Ländern auf deutliche Kritik.

Dieser Liberalismus ist meines Erachtens weitgehend eingegangen in die politische DNA unseres Staates. Toleranz, Respekt, die Fähigkeit zum Kompromiss und die Achtung der Rechte von Minderheiten bilden einen grundlegenden „programmatischen Bestand“ der Demokratie.

Die Überlegenheit der liberalen Idee zeigt sich auch in der sozialen Marktwirtschaft: das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in Demokratien liegt höher als in den Autokratien; nur wenige Autokratien erzielen höhere Ergebnisse, die meisten autokratischen Länder bewegen sich an der Armutsgrenze. Zudem wird der Markt in der liberalen Demokratie sozial eingehegt; [...] auf Mitsprache und Teilhabe ausgerichtete Institutionen bilden die Grundlage für ein Armut reduzierendes Wirtschaftswachstum. Ich weiß, dass ich hiermit teilweise Zielvorstellungen beschreibe.

Ich spreche hier über einen Rahmen, den Politik und pluralistische Gesellschaft ausfüllen können. Denn eine ganz zentrale Rolle für die liberale Demokratie spielt in der Tat der Pluralismus. Der Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel beschrieb in den 1950er Jahren die modernen westlichen Gesellschaften kurz: nicht homogen, sondern heterogen. In ihnen existieren verschiedene, miteinander konkurrierende Gruppen, angefangen von Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, ethnischen, sexuellen, religiösen Interessengruppen. Pluralismus, wie er hier als Grundlage einer liberalen Demokratie gesehen wird, ist gezeichnet von Diskurs und auch von Streit. Dem Staat kommt dabei die Aufgabe zu – ich zitiere Fraenkel – „im Rahmen der bestehenden differenzierten Gesellschaft zwischen den organisierten Gruppeninteressen einen Ausgleich zustande zu bringen, der zu .... einem reflektierten consensus“ zu führen vermag.

Nachdem Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft geworden ist und auch multiethnische und multikulturelle Gruppen sichtbarer in unserem Alltag mitbestimmen, brauchen wir für die Gestaltung der Demokratie umso mehr auch das Gemeinsame, das Verbindende: [...]

Die Verbindung von Partikularinteressen und Gemeinschaft und einen allgemein akzeptierten Wertekodex, der in politischen Kontroversen als Richtschnur gilt. Nur so kann in der pluralisierten Welt von heute der Zusammenhalt der Gesellschaft gewahrt bleiben. Nur so kann das Entstehen, was ich die Einheit in der Vielfalt nenne.

Der Pluralismus ist die Hefe, die unsere Demokratie vorantreibt. Pluralismus erzwingt Dialog und Kompromiss, er ermöglicht Einzelnen und Kollektiven eine adäquate Interessenvertretung, erwartet aber auch Selbstreflexion und Toleranz

gegenüber dem Anderen.

Hier sehe ich allerdings noch einen Mangel: Zum einen versuchen Einige durch Intoleranz ihre zumeist identitätspolitischen Interessen durchzusetzen. Zum anderen nutzen viele Bürger die Möglichkeiten der liberalen Demokratie nicht.

So hat einerseits die Demokratie im digitalen Zeitalter die Diskurs-Hegemonie der politischen Klasse aufgebrochen. Das Internet hat die Demokratie auf eine bisher nicht bekannte Weise demokratisiert, indem es eine direkte, unmittelbare Kommunikation schuf und nun alle in Echtzeit mitreden können. Online-AktivistInnen können unter Um-ständen mehr Einfluss entwickeln als etablierte Politiker.

Aber gleichzeitig haben wir die Agora verloren – den großen Versammlungsplatz, der in der Antike alle Bürger bei wichtigen Anlässen zusammenführte. Sehr viele Menschen bewegen sich heute fast ausschließlich in ihrer Blase, unter Gleichgesinnten, wo die Kommunikation allein der Selbstvergewisserung dient. In derart abgeschlossenen Communities ist niemand angehalten zu prüfen, welche Angaben wahr sind und welche aus Fake News bestehen. Niemand hat zu lernen, sich mit anderen Meinungen auseinander zu setzen und sich selbst kritisch zu hinterfragen. Doch letztlich ist es der Austausch, der die Demokratie fruchtbar, innovativ, vielgestaltig macht und durch Kompromissbildung [...] einen sozialen Frieden sichert.

Deswegen brauchen wir Pluralität und Toleranz, denn sie schaffen die Voraussetzung für die Lernfähigkeit und die Stabilität des Systems.

Deswegen gilt es noch stärker als bisher gegen jene Verrohung von Sprache und Sitten und jenen Hass vorzugehen, der sich auf den Straßen und besonders im Netz immer ungenierter zeigt, der Andersdenkende bedroht und manchmal nicht vor Mord zurückschreckt. Wir haben uns gleichermaßen zu wehren gegenüber Rechts- und Linksradikalen, Islamisten und anderen Fundamentalisten.

### Sehr geehrte Damen und Herren,

der Krieg gegen die Ukraine führt dazu, dass wir uns neu mit sehr ernstesten Fragen beschäftigen müssen: Wir werden uns neu vor Augen zu führen haben, was uns lieb und teuer ist: Unsere Freiheit, unsere Demokratie, unsere Rechtsordnung, unsere Lebensweise, unser Land, unser geeintes Europa.

Wir werden lernen, es verteidigen zu wollen: Auf allen verschiedenen Ebenen, politisch, ökonomisch, kulturell und wo nötig auch militärisch. Viele Menschen in unserem Land wissen es und andere ahnen es: Wir können bedeutend mehr ertragen und leisten, als unsere Ängste es uns einreden.

Und wenn wir heute auf die Ukraine schauen, dann sehen wir nicht nur, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer Opfer eines Angriffskrieges sind. Wir sehen auch, welche Kräfte ihnen erwachsen. Denn sie kämpfen für das, was ihnen wirklich am Herzen liegt – für die Freiheit und die Demokratie ihres Landes. Wenn wir also heute darüber nachdenken, „Welche Zukunft hat die liberale Demokratie?“, dann sollten uns diese tapferen Menschen Mut machen. Wir sehen in ihnen Möglichkeiten, über die auch wir verfügen, wenn auch wir verteidigen, was uns lieb und teuer ist.

So ist es mitnichten eine Phrase, wenn ich sage: Ihr Kampf stärkt auch uns.

Ich weiß, dass die großen globalen Herausforderungen und der Krieg für uns Zumutungen mit sich bringen. Ich weiß, dass es nicht allen Teilen der Bevölkerung leicht fällt, sich dem Wandel und Fortschritt zu stellen und dabei die Risiken nicht zu fürchten. Ich weiß um die Macht der Ängste. Ich weiß aber auch um die Kraft, die in den Menschen wächst, wenn sie als Bürger verantwortlich und solidarisch leben.

Aus diesen Fähigkeiten ist unsere Demokratie erwachsen, aufgrund dieser Fähigkeit hat sich unsere Demokratie immer wieder verändert. Demokratie ist also nicht, Demokratie wird. Sorgen wir also miteinander dafür, dass dieses Werden unter uns lebendig bleibt!

### Joachim Gauck, Bundespräsident a.D.



© J.Denzel-S.Kugler

Joachim Gauck wird am 24. Januar 1940 in Rostock geboren. Nach dem Abitur studiert er Theologie. 25 Jahre lang steht er im Dienst der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs und arbeitet viele Jahre als Pastor - die längste Zeit in Rostock. Schon als Jugendlicher tritt Joachim Gauck in Opposition zur Diktatur in der DDR. Während der Friedlichen Revolution ist er Mitinitiator der kirchlichen und politischen öffentlichen Protestbewegung in Rostock. 1990 wird er Abgeordneter der ersten frei gewählten Volkskammer und am 3. Oktober 1990 zum Sonder- bzw. Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR berufen. Seine zweite Amtszeit endet im Jahr 2000. Von 2003 bis 2012 ist er Bundesvorsitzender der Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“, die sich der historischen Erinnerungsarbeit mit dem konkreten Einsatz für die Demokratie verschrieben hat. Am 18. März 2012 wählt die Bundesversammlung Joachim Gauck zum elften Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Seine Amtszeit endet am 18. März 2017. Für sein Wirken wurde Joachim Gauck mit zahlreichen Ehrungen und Preisen ausgezeichnet

**Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung  
des Verfassers wieder.**